

5.3 Die ambivalente Verfassung der USA als Folge des Verfassungskonflikts

Der Verfassungskonflikt hatte keine eindeutigen Sieger oder Verlierer: Er brachte eine hybride Staats- und Wirtschaftsordnung hervor. Ab Mitte der 1780er Jahre, das heißt nach dem Sieg im Unabhängigkeitskrieg gegen England, drängten Politiker der Vereinigten Staaten auf eine baldige Ersetzung der die Union regelnden Konföderationsartikel durch eine Verfassung, die den USA als einem Ganzen in fiskalischer, politischer und militärischer Hinsicht mehr Macht geben würde. Die Verfassunggebende Versammlung, die von Mai bis September 1787 in Philadelphia/Pennsylvania stattfand, wurde von einer vehementen Debatte in Flugblättern, Zeitungen, Zeitschriften und Broschüren um die Ratifizierung des Verfassungsvorschlags begleitet. Die Kontroversen waren geprägt wie schon zuvor bei den Abstimmungen über die Verfassungen der Einzelstaaten, vom Streit um das Verhältnis von Republikanismus und Liberalismus wie um das von Föderalismus und Antiföderalismus.²¹

Die föderalistisch gesonnenen Delegierten Gouverneur Robert Morris und James Wilson (1742–1798) aus Pennsylvania sowie der ebenfalls föderalistisch gesonnene Delegierte Alexander Hamilton aus New York hatten kein Interesse an der Fortführung der bis dahin verbreiteten Versammlungen der Bürger in den meeting halls ihrer Townships; mehr noch, die Föderalisten hielten jede Art lokaler Regierung in eigener Verantwortung für schädlich. Statt solcher Autonomie propagierten sie die Schaffung einer amerikanischen Großmacht, die sich kraft eines Bündnisses politischer und ökonomischer, militärischer und industrieller Instanzen und mit einem starken Präsidenten an der Spitze in der Welt behaupten sollte. Was sich bei dieser Vision annoncierte, war eine imperialistische Doktrin, die Hamilton geradezu

21 Für eine Darstellung der Entstehung der Verfassung der USA siehe zuletzt Jill Lepore: *Diese Wahrheiten. Eine Geschichte der Vereinigten Staaten von Amerika*, 2018, München 2019, Kapitel Vier *Die Verfassung einer Nation*, S. 151–197, S. 984–990. Für eine Beschreibung der mit der Entstehung der Verfassung verbundenen Auseinandersetzungen zwischen Föderalisten und Antiföderalisten siehe folgende drei Autoren: Murray Dry: *The Debate over Ratification of the Constitution*, in: Jack P. Greene, J. R. Pole (Hg.): *The Blackwell Encyclopedia of the American Revolution*, Cambridge/Massachusetts und Oxford 1991, S. 471–486 – Dirk Jörke: *Die Größe der Demokratie. Über die räumliche Dimension von Herrschaft und Partizipation*, Berlin 2019, S. 15f, S. 65–80, S. 111, S. 121, S. 168–177, S. 246–248 – Mark D. Kaplanoff: *The Federal Convention and the Constitution*, in: Jack P. Greene, J. R. Pole (Hg.): *The Blackwell Encyclopedia of the American Revolution*, Cambridge/Massachusetts und Oxford 1991, S. 457–470. Es erstaunt, dass bei keinem der drei Autoren die wirtschaftspolitischen Vorstellungen der Kontrahenten beschrieben werden. Jörke sympathisiert mit den Antiföderalisten; ja, er sucht ihre Ideen und Konzepte für die weitere Entwicklung der Europäischen Union fruchtbar zu machen; siehe vor allem S. 168–177. Republikanisch nennt Jörke ein Politikmodell, welches das Recht auf Selbstregierung betont, liberal hingegen ein Politikmodell, welches die Rechte des Individuums betont. (S. 49f.)

überdeutlich zum Ausdruck brachte. In dem von ihm verfassten elften Artikel der *Federalist Papers* heißt es:

»Wenn wir vereinigt bleiben, können wir einer Politik, die unserem Gedeihen so abträglich ist, auf verschiedene Weise entgegenwirken. Durch einschränkende, gleichzeitig für alle Staaten geltende Maßnahmen könnten wir ausländische Staaten dazu zwingen, gegeneinander um unsere Märkte in Konkurrenz zu treten.«²²

Hamilton schließt seinen Artikel mit den Worten:

»Laßt es uns mit Verachtung zurückweisen, ein Werkzeug europäischer Größe zu sein! Laßt die dreizehn Staaten, zusammengefügt in einer festen und unauflösbaren Union, im Aufbau eines einzigen großen amerikanischen Systems zusammenwirken, das keiner Beherrschung durch die Macht oder den Einfluß transatlantischer Kräfte mehr unterliegt und dazu in der Lage ist, die Bedingungen zu diktieren, unter denen sich alte und neue Welt verbinden!«²³

Geführt von Delegierten wie Elbridge Gerry (1744–1814) aus Massachusetts, George Mason (1725–1792) und Edmund Randolph (1753–1813) aus Virginia, verfolgten die Antiföderalisten in der Verfassungsgebenden Versammlung wie in dem sich anschließenden Prozess der Ratifizierung politische Ziele, die denen der Föderalisten völlig entgegengesetzt waren.

Unter dem Einfluss der Ideen Montesquieus und Rousseaus plädierten Gerry, Mason, Randolph und andere für Vereinigte Staaten als einem Zusammenschluss kleinerer, in vieler Hinsicht autonomer Republiken, in denen allerdings, anders als bei den französischen Vorbildern, individuelle Freiheitsrechte für alle gelten sollten. Sie kritisierten die erheblichen Machtbefugnisse der zentralen Regierung und des ohne einen Verfassungsrat agierenden Präsidenten und warnten vor der möglichen Verbindung von sozialer Distinktion und elitärer Demokratie. Weder im Repräsentantenhaus noch im Senat würden die mittleren und unteren Schichten des amerikanischen Volkes angemessen vertreten sein. Es werde, so die Sorge der Antiföderalisten, vielmehr zu einer langsamen Entfremdung zwischen den Wählern und den Abgeordneten kommen, weil letztere sich Stück für Stück von der sozialen Situation ihrer lokalen Kommunen entfernen und schließlich eine eigene politische Klasse bilden würden. Dieser Entwicklung lasse sich unter anderem durch Rotation der Parlamentarier vorbeugen. So wandte sich im Oktober 1787, wenige Wochen

22 Alexander Hamilton: (o.T.) Artikel Nr. 11, in: Ders. (u.a.A.), wie Anm. 12 Kap. 5, S. 100–106, Zitat S. 101.

23 Alexander Hamilton, wie Anm. 22 Kap. 5, S. 106.

nach Ende des Konvents in Philadelphia, Mason mit einem Schreiben an Washington. Er fügte einen von ihm verfassten Aufsatz hinzu, an dessen Schluss es geradezu prophetisch heißt:

»Dieses Regierungssystem wird als eine gemäßigte Aristokratie beginnen, heute ist es unmöglich vorauszusehen, ob es, wenn es erst funktioniert, eine Monarchie oder eine korrupte Aristokratie hervorbringen wird; wahrscheinlich wird es erst einmal einige Zeit lang zwischen beiden hin- und herpendeln und schließlich als eins von beiden enden.«²⁴

Machtpolitisch setzten sich die Föderalisten gegen die Antiföderalisten durch, da die Institutionen der Verfassung so beschlossen wurden, wie es die Föderalisten gewünscht hatten, nämlich mit allen undemokratischen, gegen die strikte Teilung der Gewalten gerichteten Regelungen. Aber die Antiföderalisten gehörten, trotz dieser Niederlage, nicht einfach zu den Verlierern der Geschichte. Denn die Föderalisten konnten ihren Forderungen nur zum Durchbruch verhelfen, indem sie sich auf Kompromisse mit ihren Widersachern einließen. Die Antiföderalisten erreichten ein wichtiges Zugeständnis, das für die freiheitliche Entwicklung der Vereinigten Staaten von entscheidender Bedeutung sein würde: das Versprechen, der Verfassung nachträglich die persönlich einklagbare Garantie einer Reihe von Grundrechten hinzuzufügen.

Diese 1791 in Kraft getretenen zehn Verfassungszusätze, die *Bill of Rights*, umfassen zum Beispiel die Freiheit, seinen Glauben auszuüben, die Freiheit, seine Meinung zu äußern, die Freiheit, sich mit anderen zu versammeln. Die zehn *Amendments* der *Bill of Rights* wurden bald zum Rückgrat des Schutzes der Menschenrechte in den USA, sei es bei der Abschaffung der Sklaverei, sei es bei der Gleichstellung von Weißen und Schwarzen.

24 George Mason: (o.T.), in: Angela Adams, Willi Paul Adams (Hg.): *Die Amerikanische Revolution und die Verfassung 1754–1791*, München 1987, S. 374. Zur Rolle Masons bei der Entstehung der Verfassung der USA siehe William G. Hyland Jr.: *George Mason. The Founding Father Who Gave Us the Bill of Rights*, Washington D.C. 2019, Kapitel 10 *The Philadelphia Convention*, S. 183–208, Kapitel 11 *Objections*, S. 209–225, S. 407–419. Bei Jörke heißt es: »Aus heutiger Sicht wird die damals geschaffene neue Herrschaftsordnung als wegweisender Durchbruch zur ›repräsentativen Demokratie‹ gepriesen, und namentlich die Autoren der *Federalist Papers* werden als deren große Theoretiker gefeiert. Kontrastiert man das politische Denken der Federalists, insbesondere von Alexander Hamilton und James Madison, jedoch mit dem der heute größtenteils vergessenen Anti-Federalists, dann wird deutlich, dass das 1787 etablierte System der repräsentativen Regierung mit seinen Kerninstitutionen der Wahl von politischen Eliten, der Gewaltenteilung und der Rechtsstaatlichkeit nicht nur für viele damalige Betrachter eher einen aristokratischen als einen demokratischen Charakter besaß; außerdem war es, anders als heute oftmals behauptet wird, auch nicht alternativlos.« Dirk Jörke, wie Anm. 21 Ka. 5, S. 15.

Einerseits, so lässt sich nun zusammenfassen, war die menschenrechtliche Tradition der Vereinigten Staaten schon früh in der Verfassung verankert und konnte sich trotz vieler Widerstände weiterentwickeln; andererseits gehören die antiliberalen, auf Konzentration von Macht in Staat und Wirtschaft setzenden Ideen ebenso zur Tradition und zur Verfassung wie das Ideal gleicher Freiheit für alle Bürger. Aufgrund dessen birgt die Verfassung der USA, obwohl sie noch heute zu einer der freiheitlichsten der Welt gerechnet werden muss, einen Grundwiderspruch: den zwischen dem föderalistisch bestimmten Aufbau der politischen Institutionen und den antiföderalistisch bestimmten *Amendments* der *Bill of Rights*.

Die Absicht der föderalistischen Verfassungskonstrukteure war es, eine Großmacht aufzubauen, die sich auf dem Weltmarkt durch ein Bündnis von staatlicher, militärischer und industrieller Macht durchsetzen sollte. Das gelang ihnen. Zugleich boten die *Amendments* den Vorkämpfern der individualistischen Moderne eine konstitutionelle Basis, um die »industrialistische« Moderne immer wieder in die Schranken zu weisen.

5.4 Differenzen in den Lagern der Föderalisten und der Antiföderalisten

Um ein der Wirklichkeit getreues Bild von der politischen Situation in den USA zur Zeit ihrer Gründung zu gewinnen, müssen wir nicht allein das Denkschema von den sozialökonomisch »modernen« Föderalisten auf der einen und den wirtschaftspolitisch »antimodernen« Antiföderalisten auf der anderen Seite überwinden, sondern auch die Geschlossenheit des einen wie des anderen Lagers in Frage stellen. Dass es diese Lager gab, steht außer Zweifel; doch zum Verständnis der Vorgänge bedarf es einer gehörigen Präzisierung.

Die Föderalisten konnten so mächtig nur werden, weil sie nicht bloß die Interessen einer Clique einflussreicher Funktionäre und Kapitalisten vertraten. Die Unterstützung, die sie, zumindest zeitweise, von Handwerkern, Kaufleuten und Farmern bekamen, sollte nicht als Resultat reiner Propaganda diskreditiert werden. Ihre Zustimmung wirft vielmehr die Frage auf, welche Unterschiede von Interessen und Wertvorstellungen bei den Föderalisten bestanden. Die Antiföderalisten wiederum waren von Differenzen gekennzeichnet, die für die hier geschilderten historischen Prozesse noch wichtiger sind. Denn ihr Lager bildete keine homogene Partei; es handelte sich eher um ein Bündnis heterogener Kräfte, die sich durch den Kampf gegen die zentralistische Konterrevolution geeint wussten.²⁵ Die Vorstellung von einem einheitlichen Lager der »Verfassungsfeinde« wurde von der Propaganda

25 Zu diesem Thema siehe Robert L. Brunhouse: *The Counter-Revolution in Pennsylvania, 1776–1790*, Phil. Diss., Philadelphia/Pennsylvania 1942, Reprint, New York 1971.